

Die Friedensverhandlungen zwischen Rußland und der Ukraine.

Wien, 2. Mai.

Die Politische Pressagentur meldet: Dem „Dziennik Kijowski“ zufolge haben die angekündigten Friedensverhandlungen zwischen Rußland und der Ukraine noch nicht begonnen. Während die ukrainischen Friedensunterhändler nach Kursk abzureiten im Begriffe sind, reisten die russischen Friedensunterhändler nach Smolensk. Das Moskauer „Masje Slowo“ erklärt, daß die russische Regierung nicht eher mit der Ukraine verhandeln werde, bis die deutsche Regierung ihre Vertreter zu den Verhandlungen entsenden werde.

Der russische Volkskommissär für auswärtige Angelegenheiten Schiticherin sendete an die Regierungen der Mittelmächte und an den russischen Vertreter in Berlin Doffe folgendes Telegramm: Auf unseren Vorschlag zum Beginne der Friedensverhandlungen hat die Ukraine bisher nicht geantwortet. Die ukrainischen Truppen setzen ihre Offensive gegen Rußland fort. Die Sowjetregierung hat eine Mobilisierung zum Schutze der russischen Republik angeordnet. Die Sowjetregierung drückt die Hoffnung aus, daß der deutsche Gesandte Graf Mirbach, der soeben der russischen Regierung seine Beglaubigungsschreiben übermittelt hat, alles daran setzen wird, um die deutsche Regierung zum Aufhalten des Vormarsches der ukrainischen Truppen zu veranlassen.

Der Präsident des Rates der Volkskommissäre in der Krim sendete an die ukrainische Regierung sowie an die Regierungen in Berlin, Wien, Konstantinopel und Sofia ein Funkentelegramm, in welchem er feststellt, daß nach dem Brest-Litowsker Vertrag die Schwarze-Meer-Flotte Eigentum der russischen Republik sei. Nach demselben Vertrage gehöre die Krim der ukrainischen Republik nicht an. Das Telegramm schlägt die Schaffung einer aus russischen, deutschen österreichisch-ungarischen und türkischen Marinevertretern gebildeten Kommission zur Regelung des Handels- und Schiffsverkehrs im Schwarzen Meere vor.

Keine Ansprüche der Ukraine auf die Krim.

Wien, 2. Mai.

Die Kiener „Widrobščennja“ das Organ des ukrainischen Kriegsministeriums, bringt die Meldung, daß ein befreundeter Staat, gestützt auf den Friedensvertrag von Brest-Litowsk, Ansprüche auf die Krim erhebe, weshalb die ukrainische Regierung weiterhin keine eigenen Truppen auf der Halbinsel belassen wird.